

Sitzung vom 20. November 2014

Nachrichten aus dem Zentralvorstand

Stiftung für Patientensicherheit – Die Stiftung für Patientensicherheit, welche von der FMH aktiv mitgetragen wird, hat der FMH einen Antrag gestellt, im Jahr 2015 das Projekt «Patientensicherheit in der psychiatrischen Versorgung – Bestandesaufnahme und Handlungsplan» zu unterstützen. Die Aufarbeitung des Wissens- und Handlungsbedarfs ist dringlich, deswegen soll der Handlungsplan konkrete Empfehlungen zugunsten einer verbesserten Patientensicherheit enthalten. Der Zentralvorstand (ZV) genehmigt den Projektantrag.

Point-of-Care-Tarif – Als Basis für die Bewertung des Point-of-Care-Tarifs (33 Analysen) wurde von Bundesrat Berset das FMH-Kostenmodell gewählt. Bei dessen Umsetzung durch das BAG ergab sich eine Einigung bei den direkten Kosten. Bei den indirekten Kosten dagegen schlug das BAG eine willkürliche Annahme auf der Preisebene sowie zusätzlich eine Streichung der Präsenztaxe bei den «alten» 22 Analysen vor. Obwohl die FMH die BAG-Vorschläge als betriebswirtschaftlich nicht haltbar zurückwies, hat Bundesrat Berset am 4. November 2014 entschieden, diese vollumfänglich zu übernehmen. Die zeitnah von der FMH verschickte Medienmitteilung drückte das Missbehagen der Ärzteschaft zu diesem Entscheid aus.

Strategie MPA – Die Aufwertung des MPA-Berufs ist für die FMH ein zentrales Anliegen. Deshalb erarbeitete sie ein Strategiepapier MPA, welches in einer ersten Lesung mit den MPA-Verbänden diskutiert wurde. Nachdem verschiedene Inputs aufgenommen wurden, genehmigte der ZV der FMH das Strategiepapier Version 2.0. Die von der Kommission B&Q

und vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) als notwendig erachtete Gesamtrevision der Bildungsverordnung MPA soll ab 2017 umgesetzt werden können. Mit dem vorgelegten Projektantrag hat sich der ZV einverstanden erklärt. Das Projekt startet im Frühjahr 2015.

Meldestelle von lebenswichtigen Humanarzneimitteln – Die Verordnung über die Meldestelle von lebenswichtigen Humanarzneimitteln hält fest, dass zur Sicherstellung der Versorgung mit solchen Arzneimitteln eine durch den Bund finanzierte Meldestelle geführt wird. Diese soll national als einzige Stelle Versorgungsengpässe und Lieferunterbrüche rasch erfassen und geeignete Massnahmen einleiten können. Das Departement Heilmittel schätzt diese Meldestelle als geeignetes Mittel ein, um drohende Versorgungsausfälle abzuwenden. Der ZV stimmt der Stellungnahme und der Verordnung zu.

Archivierung von Krankengeschichten – Verschiedene Dienstleister bieten an, Papier-Krankengeschichten einzuscannen, elektronisch zu archivieren und bei Anfragen die Daten zugänglich zu machen. Da diese Möglichkeit in Bezug auf eine Praxisaufgabe oder den Übergang zur elektronischen Dokumentation sinnvoll und wichtig ist, stellte sich für die FMH auch die Frage, ob sie diese Dienstleistung allenfalls für ihre Mitglieder zu Sonderkonditionen anbieten sollte. Aus Sicht der FMH ist es jedoch vielmehr ihre Aufgabe als Standesorganisation, Richtlinien zum Umgang mit der Archivierung und Digitalisierung von Patientenakten festzulegen. Der ZV beschliesst, entsprechende Empfehlungen auszuarbeiten.